

# Sattler-Zeitung

Nr. 4.

Berlin, den 12. Februar 1909.

23. Jahrg.

Erscheint alle 11 Tage Freitags.  
Zugpreis: Durch die Post bezogen pro  
Vierteljahr 60 Pfennig.

Verlag und Redaktion:  
Peter Blum, Berlin SO., Adalbertstraße 56.  
Telephon: Amt IV, 2120.

Inserate die 3 gespaltene Petit-Zeile 30 Pf.  
bei Wiederholungen bedeutende Ermäßigung.

**Inhalt:** Einige Worte zur bevorstehenden Generalversammlung. — Zur Reorganisation der gewerkschaftlichen Bewegung für die Postämter und Zettler im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk (von Stuttgart — Kumbach). — Korrespondenzen. — Zierbefehl. — Korrespondenzen. — Beschlüsse der Hauptverwaltung. — Abrechnung über das 4. Quartal 1908. — Beschlüsse der Ausschüsse. — Rückblick. — Anzeigen.

## Einige Worte zur bevorstehenden Generalversammlung.

Es besteht keineswegs die Absicht, die volle Tagesordnung der Kölner Tagung hier einer Besprechung zu unterziehen, sondern es sollen einige Merkmale der Diskussion in den Verhandlungsstellen hier eine Klärung finden.

Erläuterungsweise ist zu verzeichnen, daß über den Zusammenschluß mit den Portefeuilleern Einmütigkeit in den Auffassungen besteht. Man ist auf den realen Boden des wirklich Erreichbaren zurückgekehrt. So steht also zu hoffen, daß dieser Punkt der Tagesordnung keine Nebenbesprechungen zeitigen wird. Anders liegen allerdings die Dinge bei der **gemeinschaftlichen Tagung**. Hier sind starke Gegensätze vorhanden, die aber bei einigermaßen gutem Willen doch zu beseitigen gehen. In dieser Stelle müssen wir bemerken, daß der jetzige Statutenentwurf als ein Provisorium zu betrachten ist. Die beiden bestehenden Statuten weisen derartig weit auseinandergehende Bestimmungen auf, daß es auf den ersten Blick fast als eine Unmöglichkeit betrachtet werden mußte, eine gemeinsame Basis zu finden. Nach längeren Verhandlungen ist doch das Unmögliche möglich geworden. Daß dabei nun auch jeder einzelne auf seine Rechnung kommt, ist nicht gut zu verlangen. Es wird also immer ein Teil unerfüllbarer Wünsche übrig bleiben, die zwar nicht alle unberücksichtigt sind, jedoch der Zeit es überlassen müssen, dieselben in den Vordergrund zu drängen. Zum Laufe der nächsten drei Jahre wird zweifellos ohne ein gegenseitiges Anpassen, ein Zueinanderfinden stattfinden, um die etwa vorhandenen Mängel des Kölner Statuts zu beheben.

Im Vordergrund der Debatte in den Ortsverwaltungen steht die örtliche Einnahme aus den Beiträgen. Die Kürzung, die im Entwurf vorgesehen, will man sich nicht gefallen lassen und verlangt auch weiterhin 20 Proz. der Einnahme. Nichts ist leichter zu begreifen als das. Wir kennen die Schmerzen unserer Verwaltungspersonen nur zu gut. Man muß sich aber auch die Frage vorlegen, welchen Grund haben die Verbandsvorstände gehabt, um diese Prozente auf 15 Proz. zu reduzieren. Reduzieren ist eigentlich falsch angewandt, da bei den Portefeuilleern nur 10 Proz. den Verwaltungen zustanden. Es findet also für diese Kollegen eine Erhöhung der Einnahmen um 50 Proz. statt. Diese 15 Proz., welche jetzt vorgesehen sind, bilden also die mittlere Linie, auf der sich mandamental auch ganz gut auskommen läßt. Wir werden der Generalversammlung den Beweis erbringen, daß in den letzten Jahren Tausende von Mark in die Lokalkasse geflossen sind, die an dem Fünftel eripiert wurden. Es soll hier nicht umgefragt sein, daß eine Reihe größerer Verwaltungen und auch einige kleinere annehmbare Beiträge zu diesen Institutionen aufbringen und andererseits auch

gar nicht in der Lage sind, große Erparnisse zu machen. Leider sind wir nicht in der Lage, mit dem vollständigen Material antreten zu können, weil eine ganze Reihe Verwaltungen stellen die besonderen Angaben über die Lokalkassen, welche in der Abrechnung verlangt werden, einfach nicht beantworten. Es kommen also ziemlich Summen in Frage, die auf diese Weise dem eigentlichen Zweck der Gewerkschaft entzogen werden. Die Mittel aus dem Fünftel sollen in allererster Linie zu den örtlichen Verwaltungen und auch zur Agitation verwendet werden. Dieses geschieht aber in sehr vielen Fällen nicht. Es ist wohl ein löbliches Bestreben, die örtlichen Fonds zu stärken, wir trennen uns recht aufrichtig über den geradezu abhängigen Stand unserer Lokalkassen. Jedoch darf diese Finanzkraft nicht durch Vernachlässigung anderer Pflichten erreicht werden. Zum Teil sind auch die Statuten der Lokalkassen zu hart, indem nur für wenige Fälle eine Unterstützung vorgesehen ist, im übrigen alles der Hauptkasse überlassen bleibt.

Weil nun die Dinge so liegen, konnten wir dem Vermittlungsvorschlag auf 15 Proz. zustimmen in der bestimmten Voraussetzung, den **Verwaltungsstellen, die mit allen Mitteln in der Agitation tätig sind, auch fernerhin bereitwillig Zuschüsse zu leisten**.

Am weiteren war aber auch der Umstand nicht außer Acht zu lassen, daß die Verbandsvorstände aus den eigenartigen Verhältnissen der Portefeuilleer gezwungen waren, von einer Beitragserhöhung abzusehen. Es ist unnötig, unseren Mitgliedern zu versichern, daß der Verbandsvorstand der Sattler schweren Herzens dieser Vereinbarung zugestimmt hat. Um so mehr, als auf der anderen Seite riesige Summen in allen Unterstützungsstellen bereit gehalten werden müssen. Der Jahresbericht für 1908, den wir in der nächsten Woche herausgeben, wird den Kollegen die Augen öffnen über das, was unsere Organisation zu leisten hatte. Die Verbandsvorstände befanden sich in keiner angenehmen Situation, und nur die Hoffnung auf ein baldiges Verschwinden der Krise konnte etwas Verhütung bringen.

Seit den Tagen, wo diese Beschlüsse gefaßt wurden, ist nun ein halbes Jahr vergangen, und wir müssen gestehen: die Zeit hat Wunder gewirkt. Die Verbandsvorstände hatten ihr Wort geben müssen, in der neuen Organisation den alten Beitrag beizubehalten, sie waren also gebunden. Jetzt kommt aber die erfreuliche Nachricht, daß gerade der Teil der Kollegen, welcher bei der Verschmelzung hauptsächlich in Frage kommt, und dem zuliebe man dieses Versprechen abgegeben hatte, selbst mit einer Beitragserhöhung von 45 auf 50 Pf. kommt. Es bedarf keiner Worte, daß die Verbandsvorstände mit diesem Antrage einverstanden sind. Wir Sattler haben in Dresden den Fünftelprozentsbeitrag schon serviert bekommen. Laßt sich erwarten es unter süd-deutschen Kollegen, die schon damals diesen Beitrag zahlen wollten, ohne die eminenten Vorteile in Aussicht zu haben, die der jetzige Entwurf bietet.

Wenn uns die Portefeuilleer also selber den Beitrag von 50 Pf. anbieten, dann ist es den Sattlern in den meisten Orten schon recht. Liegen doch heute schon Anträge von kleinen Filialen unseres Verbandes, so von Halle, vor-

die diese Erhöhung fordern. Selbstredend will man dann auch 20 Proz. für sich beanspruchen. Nun, darüber wird sich reden lassen. Unter der Voraussetzung, daß die Mittel der örtlichen Einnahme zunächst in den Dienst der Ausbreitung und der Interessensvertretung des Verbandes gestellt werden, und daß darüber eine bessere Rechenschaft stattfindet als bisher, werden die Verbandsvorstände diese gemachten Vorschläge akzeptieren. Daß Mittel notwendig sind, um die Hauptverwaltung aktionsfähig zu gestalten, wird niemand bestreiten können. Wundert man sich nur, wie so außerordentlich weitgehende Anträge gestellt werden in bezug auf das Unterstützungswesen. Es hat fast den Anschein, als sollten wir zur Unterstützungslasse herabsinken. Die Unterstützungen sollen nur ein Mittel zum Zweck sein, niemals aber Selbstzweck. Vor allen Dingen müssen aber Einnahmen und Ausgaben in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen. Den Kollegen, welche so im Vordergrund für den Ausbau des Unterstützungswesens stehen, dabei aber die Hand auf den eigenen Ventel halten, empfehlen wir, doch noch einmal die Artikel zu lesen, welche in der „Sattler-Zeitung“ in diesem Herbst standen, worin die Leistungsfähigkeit oder, besser gesagt, wo die Zusammenfassung der Geldmittel unserer Organisation durch die Kollegen im Rahmen der übrigen Gewerkschaften gezeigt wird. Fast keine der deutschen Gewerkschaften hat bei solchen niedrigen Beiträgen solche hohen Summen an Arbeitslosen, Kranken- und Gemahregelunterstützung bezahlt. Also Beitrag und Leistung stehen bei den meisten übrigen Gewerkschaften besser zueinander. Wir wollen zugeben, daß wir außergewöhnliche Zeiten erlebt haben; die übrigen Organisationen aber auch.

Ferner haben einzelne Ortsverwaltungen und Gaukonferenzen die Anstellung besoldeter Beamten verlangt, ohne aber gleichzeitig zu sagen, wo die Mittel hergenommen werden sollen. Vor allen Dingen ist doch darauf zu sehen, daß wir genügend Mittel für den Kampf reservieren, um jederzeit schlagfertig zu sein. Daß in puncto Agitation noch manches zu geschehen hat, kann niemand leugnen. Aber so liegt es auf allen Gebieten. Die Lösung dieser Frage wird aber erleichtert, sobald man anderweitig auch Mittel bereit stellt.

Auf alle Fälle ist die Situation jetzt eine ganz andere, eine etwas freiere und man darf etwas leichter aufatmen.

Eine andere Frage ist jüngst in der „Portefeuilleer-Zeitung“ behandelt worden. Es handelt sich um die Organisation unseres Nachwuchs, der Lehrlinge. Die Angelegenheit ist in rohen Zügen bereits zwischen den Verbandseleitungen durchgesprochen worden, jedoch ohne ein bestimmtes Resultat. So sehr es zu wünschen ist, daß die Organisation der Jugend Fortschritte macht, so gibt aber der vorgeschlagene Weg doch noch zu Bedenken Anlaß. Es ist möglich, daß diese Bedenken durch die Behandlung dieses Vorschlages beseitigt werden; wir glauben aber sagen zu dürfen, daß zur Erledigung dieser Materie ein besonderer Punkt der Tagesordnung sich nicht empfiehlt. Die Verhältnisse bei den meisten Sattlerbranchen sind derartige, daß sie außer den Gechirrsattlern wenig mit Lehrlingen zu rechnen haben. Weiter

kommen hier auch noch die Annahmen in Frage, die durch Verträge die Draufsicherung der jungen Leute zu verhindern suchen. Außerdem bestehen in den meisten Städten Fachschulen und Bildungsverbindungen, zu deren Besuch der Lehrling verpflichtet ist. Ferner wollen wir auch die Vertreibungen des Auspendantens nicht behindern, was zweifellos nicht geschieht, wenn die Anspannung der jungen Kräfte zu stark ist. Trotz alledem wollen wir den Plan der „Vorleseklub-Zeitung“ nicht ablehnen; wir glauben aber, daß diese Sache lokale Interesse beanspruchen wird und hauptsächlich auf Offenbach und zum Teil auch auf Berlin zugeschnitten ist. Aus diesen Gründen ist eine Behandlung der Materie unabweisbar und werden die Vorschläge des näheren auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen sein. Inwieweit unsere Kollegen bereit sein werden, die weitergehenden Vorschläge auf Einrichtung von Fachkursen für die jungen Leute zu unterstützen, muß sich bald zeigen. Zur Orientierung teilen wir noch mit, daß gedacht ist, bei einem niedrigen Beitrag von 10 Pf. pro Woche den Lehrlingen eine Krankenkassenzugehörigkeit zu gewähren, die schon nach halbjähriger Mitgliedschaft zur Auszahlung gelangen soll.

Ferner ist uns aufgefallen, daß ein starker Zug gegen die Einteilung der Wahlkreise Platz gegriffen hat. Die vorgesehene Zahl von 250 Mitgliedern für einen Wahlkreis erscheint den Mitgliedern zu hoch. Ob auch diese Mitglieder sich die Frage vorgelegt haben, wieviel Delegierte denn zur übernächsten Generalversammlung erscheinen werden und was eine solche Generalversammlung dann kostet, das glauben wir kaum. Ist kommen bei den beiden Verbänden annähernd 60 Delegierte zusammen, in Zukunft kaum weniger. Je mehr Delegierte aber, je länger die Tagung und je höher die Kosten. Es liegt nun in der Natur der Sache und ist durch die eigenartigen Berufsverhältnisse begründet, daß nicht alle kleinen Zehntausende vertreten sein können. Dieses ist auch zur Weiterentwicklung des Verbandes nicht unbedingt erforderlich. Bis her haben die kleinen Verwaltungen immer ihre Vertretungen gehabt und im übrigen haben auch andere Anstalten im weitesten Sinne die Interessen dieser Orte vertreten. Jedes Protokoll der vorausgehenden Generalversammlungen gibt davon Zeugnis. Mehr Vertrauen zu der gemeinsamen Sache ist unbedingt erforderlich, dann wird man auch in diesen Dingen eine Verständigung erzielen. In dieser Beziehung soll gerade der Entwurf der Vorstände die kleinen Filialen vor einer Majorisierung der Großstädter schützen und nicht schädigen. Es liege sich noch manches sagen, aber lassen wir es dabei bewenden. Die Zeit bis Köln rückt merklich schnell heran und werden alle diese strittigen Punkte eine Lösung finden, die, wenn auch nicht jeden, so doch die übergroße Zahl der Kollegen auf beiden Seiten befriedigen wird. Erfreulich darf man konstatieren, daß die Debatten würdig und ohne jede persönliche Spitze geführt werden, eine Tatsache recht jungen Alters, die aber für die Reife unserer Organisation ein gutes Zeugnis ablegt.

**Zur Reorganisation der gewerkschaftlichen Bewegung für die Vorleseklubler und Battler im Offenbach-frankfurter Industriebezirk.**

Diese Frage spielt, seitdem die Verschmelzungsfrage Oden und Fuß bekommen hat, eine große Rolle im dortigen Gebiete. Wir waren wiederholt Zeuge, wie die Gegenseite in den beiden Organisationen hart aufeinanderstießen und wie die Interessen der Landbewohner ganz andere waren als die der Offenbacher Kollegen. Vor einem halben Jahre noch wäre es eine Unmöglichkeit gewesen, nachstehende Beschlüsse zur Annahme zu bringen. Indessen hat die Feindschaft der persönlichen Aussprache, das Aneinandergerathen enorme Fortschritte gemacht. Als Besessener der am 31. Januar stattgefundenen Bevölkerungsforschung des dortigen Gebietes kann folgender Auszug aus der „Vorleseklub-Zeitung“ dienen. Sie schreibt:

„Die Frage, welche Einrichtungen müssen getroffen werden, um den Industriebezirk Offenbach-Frankfurt bei der Zusammenlegung beider Verbände

so aktionsfähig zu gestalten, daß der Bezirk auch im neuen Verbände als ausgleichender Faktor zu betrachten ist, wie es im Vorleseklubverbande war? ist von den Bevollmächtigten in glänzender Weise gelöst worden.

Für den ganzen Industriebezirk wird eine einheitliche Verwaltung, Gau, geschaffen, dem die Verwaltungssachen angehören müssen. Die Verwaltungssachen wiederum werden aus den Zahlstellen, wie und wo sie bisher bestanden, gebildet. Aus dieser Neugestaltung erwachsen für die Mitglieder als auch für das weiterführende Zahlstellenwesen so bedeutende Vorteile, daß niemand mit Recht behaupten kann, die gefassten Beschlüsse seien verfehlt oder deren Verwirklichung verfehlt. Nach Erwägung, durch die beschlossene Reorganisation werden die Zahlstellen der Ortsstellen einflusslos, ist vollständig hinlänglich, was wir zum näheren Verständnis beweisen wollen.

Veranlassungen werden wie bisher nach Wunsch oder Bedarf an jedem Orte abgehalten. Der zu erhebende Wochenbeitrag bleibt nach wie vor 50 Pf. Certe die Vorkaufserhebungen, die sich in den einzelnen Zahlstellen als zweckmäßig erwiesen haben, werden neben der Verbandserhebung weitergeführt. Der Monatsbeitrag aller Mitglieder der Verwaltungssachen erhöht sich durch das Zusammenlegen der Vorleseklubler- und Battler-Vorkaufserhebungen von 3,80 Mark im Durchschnitt auf 8 Pf. Der Prozentbeitrag, welcher den Vorkaufserhebungen von den Beiträgen für die Zentralkasse verbleibt, steigt von 9 1/2 auf 10 Pf. Die Belastung aller Unkosten für Tarif- und Werkstattangelegenheiten, Personalmittelbesonderheiten, Bureauunterhaltungen, Kartell- und Sekretariatsbeiträge werden in Zukunft gleichmäßig von der Bezirkskasse getragen. Durch die Anstellung eines Gauleiters sowie eines Beamten für den Landbezirk dürfte die voraussichtliche Verlegung des Zentralvorstandes nach Berlin keinen Rückschlag zur Folge haben, sondern durch die einheitliche und durchgreifende Erledigung aller Tarif- und Werkstattangelegenheiten wird ein bedeutender Fortschritt erzielt werden.

Die Umwidlung der Geschäfte in den Zahlstellen wird sich in Zukunft wesentlich vereinfachen. Anstatt einer vielföpfigen Verwaltung wird ein Vorsteher, ein Kassierer und ein Erheber benötigt. Der angestellte Beamte wird Gelegenheit haben, bei zeitigen Austritten, Tarif- oder Geschäftsangelegenheiten helfend am Orte einzugreifen.

Wie aus vorstehendem ersichtlich, stehen alle jene alle Einrichtungen der Zahlstellen und Veranlassungen der Mitglieder nicht nur bestehen, sondern werden bei den meisten Zahlstellen ganz bedeutend verbessert.

Der Fortschritt, der hier zu verzeichnen ist, kann nur der richtig würdigen, der die Verhältnisse dort unten kennt. In der Regel entbrannt der Streit immer darum, weil zu wenig Geldmittel zur Verfügung stehen. Hier war es umgekehrt, indem das viele Geld unserer Offenbacher Kollegen ein Hemmnis für die Verständigung bildete. Doffenlich geht man nun auch in anderen Städten an die Lösung dieser Frage, damit man bis zur Generalversammlung überall im Klaren ist.

**Gau Stuttgart.**

**Bericht von der Gaukonferenz.**

Es war eine Konferenz der Militärattiller des Gau's beantragt, um die besonderen Verhältnisse im Süden gründlich besprechen zu können. Dieser Antrag wurde vom Gau unterstützt und vom Zentralvorstand genehmigt. Da fast die Hälfte der Mitglieder der Filialen des Gau's aus Militärattillern besteht, hielt man gleichzeitig die Gaukonferenz ab. Als Vertreter des Zentralvorstandes war anwesend der Tarifleiter der Militärattiller, Kollege Kriegl.

München war an beiden Tagen durch Rieger und Kemner, der Gau Nürnberg durch den Gauleiter Köhner vertreten. Am zweiten Tage vertrat der Kollege Rembrich die Filiale Eberfeld, die an der südlichsten Militärarbeit mitbeteiligt ist. Nicht vertreten waren von den Filialen: Ehlingen und Colmar. Als Vorsitzende wurden nach Eröffnung durch Kriegl gewählt: die Kollegen Schindler und Garbe, als Schriftführer König und Rof. Die schriftlichen Berichte hatte die Gauleitung vervielfältigt, ebenso einen Auszug aus den Stellenberichten des Gau's. Im Bericht des Gauleiters betont Kriegl, daß er wohl wisse, es hätte auch vom Gau aus mehr gesehen werden sollen, aber die Arbeit sei eben doch zu groß geworden. Der Verkehr mit den Filialen habe sich gebessert, wenn man auch draußen im Gau noch oft eine riesige Angst vor der Feder verspüren könne. Auch werde das Verhältnis zwischen Gau und Filiale nicht immer richtig aufgefaßt. Der Gauleiter dürfe nicht bei Lohnbewegungen nicht einfach vor fertige Tarifsachen gestellt werden, wie das in Ulm geschah. Beschlüsse, wie der von Neulingen, der die Bescheidung der Konferenz von der Bezahlung der Kosten durch den Gau abhängig macht, oder von Solmar, das sich überhaupt nicht vertreten lassen wollte,

stehen nicht im Einklang mit der Zusammenarbeit im Gau. Ein Fehler war es, daß in Mannheim der Gauleiter nicht schon bei der eigentlichen Vorbereitung der Lohnbewegung mitwirken konnte, eine einzige Versammlung kann nicht genügen zur Orientierung. Die Gauleitung hat wohl durch einen kleinen Zusätz den dortigen Vorsitzenden eine Zeitlang halten können, auf die Dauer ging das aber nicht. Die Fragebogen zur Berichterstattung durften nicht nur mechanisch ausgefüllt werden. Die gedruckten Mitglieder sollten jedem Reueintretenden gegeben werden. Die allgemeine Bildung der Kollegen soll noch mehr gefördert werden, die Bekämpfung der fortschreitenden Reduktionslosigkeit geschieht durch Einführen von populärwissenschaftlichen Vorträgen usw., durch Theater und wirkliches Konzert mehr, als durch alle Reden.

Zu Ergänzung der Filialkarte betont Oberbismarck, daß an dem verlorenen Streit, neben der schlechten Konjunktur besonders die Arbeitswilligen schuld seien; die Meister bringen zum Teil zwar manchmal kaum das Geld zu dem färglichen Lohn der Gehilfen zusammen, aber dem Schwachmagerverband der Metallindustriellen sind sie angegeschlossen.

Agitiert wurde in Wornis, Osthofen, Frankenthal und Speier, doch sind die Kollegen oft sehr mißtrauisch und lässig.

Windschlucht: Die Filiale ist gut im Stand, die Mitgliederzahl bewegt sich zwischen 25 und 35. Der Wechsel ist groß, Bildungsbeiträge sind da, werden aber zu wenig benutzt. Doch der Streit in Mannheim nicht gewonnen wurde, mußten wir schon vorher. In Neuenheim und Gaggenau wurde agitiert.

Schindler: Stuttgart: Unsere Mitgliederzahl stieg von 181 auf 25 und hat sich auch in schlechter Zeit so gehalten. Dazu trägt das Entlassensystem (Werkstatt und Hausmeister), die Vertrauensleute, die durch Zuschüsse aus der Zentralkasse verbesserte Unterstützung, viel bei. Dem Kreisstadtarif mußten wir schließlich zustimmen, sonst hätten wir den Fabrikanten für die schlechte Zeit alle Waffen in die Hand gegeben. Daß die Abschaffung der Arbeitszeit an sich nicht ohne weiteres erstrebenswert ist, sahen wir in Waiblingen, wo nach den Seiten des alten Tarifs der neu eingeführte Tagelohn berechnet wurde. Sobald dann die Vergütung eines Arbeiters auch nur identisch zurückging, wurde ihm Vorhalt gemacht. Die Mitarbeit unserer Kollegen dürfte viel besser sein; der Ortsverwaltung bleibt wenig freie Zeit.

Krause: Kaiserslautern: Wie sehr uns die Schwankungen der Militärbranche die Arbeit erschwert, sehen sie schon daran, daß wir in unserer kleinen Filiale 15 Pf. Vorkaufszuschlag zahlen, um bei der häufigen Arbeitslosigkeit den meist älteren Kollegen einen Mückhalt bieten zu können. Viel schadet uns die Hausindustrie.

Hülser: Ulm: Daß Ulm ein das Schmerzenskind ist, daran trägt vor allem sein Charakter als Durchgangstation bei. So hatten wir in einem Quartal 1908 bei einem Bestand von 29 Mitgliedern 43 Aufnahmen, 21 Zugereiste und 31 Abgereiste. Wir zahlen trotzdem Vorkaufszuschlag zur Arbeitslosenunterstützung. Der in der Debatte wegen seiner Eigenmächtigkeit angegriffene Kollege Wenz hat auf alle Fälle im guten Glauben gehandelt und wenigstens immer mitgearbeitet, was leider nicht viele tun. Vereinsmeierei treiben manche wohl, aber am nötigsten, am Verband, da entdeckt man plötzlich, daß das zu viel Geld kostet. Würden unsere Kollegen ihre Fähigkeiten nicht so begutenden, wir wären weiter. Jetzt ist Wenz wieder entlassen und mit 13 Mann noch Ulm abgereist.

Solzappel: Straßburg: Bietet man alle Battler (die Mehrzahl ist in staatlicher Werkstatt beschäftigt) als organisationsfähig in Betracht, dann sind die Organisationsverhältnisse schlecht, trotzdem sich in letzter Zeit viel gebessert hat. Auch bei uns schadet die Heimarbeit sehr viel. Wir haben in der Vertriebszeit manches erreicht. Vorträge in der Univerfilität sind uns geosten, aber die Beviligung der Battler ist gering.

Schofer: Neulingen: Die Beteiligung an einem Bildungsfest des Genossen Dunter wurde von der Mehrheit abgelehnt, daraus mag man ersehen, wie viel die Kollegen davon halten. Die Abschichtung der Delegierten zur Konferenz hat dieselbe Ursache.

Die schriftlichen Berichte wiedergaben, verbietet der Raum, doch geht daraus hervor, daß überall die Bewegung sich vertieft hat und daß auch überall, meist ohne Streit, zum Teil ganz gute Verbesserungen erzielt wurden, besonders auch in Verlegung der Arbeitszeit. So in Waiblingen einmal von 11 auf 10, dann von 10 auf 9 1/2 Stunden. Auch in Heilbronn, Kaiserslautern, Karlsruhe, Konstanz, Ulm, Stuttgart gelang eine Verlegung.

Allgemein kommt noch zum Ausdruck, daß die eigentliche Geschirrbewegung deutlich durch die Autos verdrängt wird, daß weiter durch den großen Wechsel

der meist jungen Kollegen in diesem Zweig die Agitation sehr erschwert ist.

Wöhrer - Nürnberg will kurz sein; die Filiale hat sehr nennenswerte Fortschritte gemacht. Nur hatten sie mit besonderen unangünstigen Verhältnissen zu kämpfen. In Lohnbewegungen hatten wir Pech, wir wurden immer von anderen hineingezogen. Im Gau ging es gleichfalls vorwärts, die Filialen und die Mitgliedszahl haben sich vermehrt. Bildungsgelegenheiten sind gut, besonders durch den Genossen Maurenbrecher, der als Lehrer seitens der Partei angestellt ist.

Münchener: Die Zahl der Mitglieder stieg von 114 auf 230. Die Kassa kassiert mit 10 Pf. Beitrag Zuschuß zur Arbeitslosen-, Kranken- und Streifenunterstützung. Das Bezirkskassieren macht die Beitragszahlung pünktlicher, so daß wir wenig ausschließen müssen. Die Agitation wird konsequenterweise und mit gutem Erfolg betrieben. 5 Lohnbewegungen führten zu 6 Tarifen, ein Militärkassierstreik ging nach 6 Wochen verloren. In 24 Betrieben wird wöchentlich 33 Stunden, in einem Betrieb 36, in einem weiteren 39 Stunden (nach Tarif) gearbeitet. Mindestlöhne sind: für Ausgelernte 36 und 43 Pf., nach 2 Jahren 46 und 50 Pf. Lohn-erhöhungen wurden erzielt von 25 Pf. bis 1 M. täglich. In 7 Betrieben und in der Artilleriewerkstatt wird das Werkzeug gestellt, in 6 Betrieben die Abnutzung mit 20 Pf. wöchentlich entschädigt. Auch in anderen Werkstätten wurde unter Hinweis auf die Tarife Erfolge erzielt. Der Versammlungsbesuch sowie die Beteiligung an den vielen Bildungsmöglichkeiten und an der Verbandsarbeit dürfte besser sein. Die Artilleriewerkstatt erhielt durch Petitionen 10 Proz. Lohnerhöhung und neunstündige Arbeitszeit.

In der Diskussion bestritt Kollege Kärcher, daß man in Karlsruhe den Mannheimer Ausgang vorher wissen konnte. Die Meister haben sich erst während der Lohnbewegung zusammengeschlossen; mit Streikbrechern wurde man überfordert. Wenn man bei Tarifabschlüssen vor dem Maximalstundenlohn, wie er in der Stuttgarter Ledermöbelbranche im Tarif liehe.

Wenn in Konstanz der Mangel an redigierten Kollegen beklagt werde, so betone er, daß das nicht die Hauptsache sei; die Meinarbeit, die Agitation unter den Kollegen selbst sei es, die uns vorwärts bringen. Die Kassaabschlüsse sollten nur auf die Arbeitslosigkeit gelegt werden, um dort mehr Ausblick zu schaffen.

Der Gauleiter war auch in Stuttgart viel in Anspruch genommen.

Warde - Stuttgart ist als Meister auch nicht immer mit der Gauarbeit zufrieden, aber man kann nicht auf die Dauer außerordentliche Aufregungen verlangen.

Derbst - Mannheim: Kärcher konnte nicht den Streik verhindern; er war zu wenig an der Vorarbeit beteiligt und vor fertige Tatsachen gestellt.

Schindler betont, daß man in Stuttgart den Gauleiter noch mehr hätte brauchen können, aber die Gauverhältnisse hätten dann noch mehr gelitten. Die großen Filialen haben ein Interesse am Fortschritt der kleinen, denn, wenn dort kein Fortschritt erzielt wird, sind auch bei uns weitere Erfolge verhindert.

Weller: Es sei nicht immer gut, wenn bei Streiks jubelnde Kollegen abreisen; das mache wohl Eindruck auf die Unternehmner, aber oft fehlen dann die Leute zur Durchführung der neuen Tarife.

Niedel bestätigt, daß Nürnberg Pech hatte, sich aber trotzdem gut gehalten. Die Behandlung abreisender Kollegen bei Streiks lasse sich nicht schematisieren.

In der weiteren Debatte wurde u. a. von dem Versuch eines eigenen Arbeitsnachweises geyart.

Die Bezahlung der Kosten führt gleichfalls zu lebhafter Debatte, in der u. a. Kollege Kärcher betont, daß das geändert werden müsse, eine halbe Gaufestung sei zwecklos, und die meisten, ja fast alle Filialen könnten die Kosten nur durch eine Sparfamkeit am falschen Fleck aufbringen.

Niedel macht auf das Statut aufmerksam.

Beschlossen wurde auf Antrag Windt: Es solle der Gau die Kosten auszahlen, doch sei jede Filiale verpflichtet, soviel als möglich zurückzuerstatten.

Nach der Mittagspause tritt man in die Beratung des neuen Statuts ein, und zwar auf Vorschlag Niedels in der Weise, daß man sofort die Beratung der einzelnen Paragraphen vornimmt. Einleitend streift Kollege Niedel die letzte Generalversammlung, die für den weiteren Ausbau der Organisation manches geleistet habe. Der Kölner Versammlung drückt die Verschmelzungsfrage ihren Tempel auf. Die Verschmelzung zum Industrieverband sei mindestens noch nicht reif, was man schon aus der Abstimmung im Schuhmacherverband entnehmen könne.

Jedenfalls muß das nächste die Vereinigung mit den Vorfeuertlern sein. Zu einer solchen Ver-

einigung zwingen uns die tatsächlichen Verhältnisse und ihre Entwicklung. Die Vorfeuertler, die schon eine große Tarifbewegung hinter sich hatten, standen vor der Erneuerung dieses Tarifs und die Vereinigung der betriebsseitigen Unternehmer bereitigten am Ende die letzten Bedenken. Eine Reaktivierung im Sattlerverband hielt der Zentralvorstand nicht für nötig.

Die Dresdener Generalversammlung hatte schon im Sinne der jetzigen Beschlüsse gearbeitet. Im übrigen wird es das Gesündeste sein, man warte zunächst ab, wie sich die Verschmelzung praktisch macht, und lasse die weiteren Fragen des Industrieverbandes zunächst ruhen. Die Zusammenstellung des vorliegenden Statutentwurfs hat schon viel Arbeit gefordert. Beide Verbände müßten da und dort zugeben, und mehr als einmal schien es, als ob die Gegenläufe nicht zu überwinden seien.

Und unter dem Gesichtspunkt wird man auch das Statut beraten müssen. So ist eine Beitragserhöhung nicht möglich und es muß ernsthaft verjucht werden, unsere Unterstützung in möglichst geordneter Weise so zu verteilen, daß z. B. die Bezugsdauer verlängert und daß vor allem auch die Masse nicht höher belastet wird. Eine besondere Behandlung der Arbeiten der Generalversammlung ist nicht nötig. Das Statut ist ja unser Programm.

Im Verlauf der weiteren Beratungen zeigt Kollege Niedel die Abweichungen vom alten Statut und die Gründe, die dem Zentralvorstand dabei maßgebend waren. Aus der angedeuteten Debatte kann natürlich nur das Wichtigste hervorgehoben werden.

Bei § 13, Absatz 5, wurde befürchtet, daß durch den Abbruch von 5 Proz. die Bewegungsfreiheit der kleinen Filialen eingeschränkt werde, daß seitens der Verwaltungen noch weniger für Bildungszwecke, Vorträge usw. geleistet werde.

Kollege Kiedel erinnert demgegenüber daran, daß gerade der höhere Satz viele Filialen erleichtert habe, die Agitation usw. zu vernachlässigen, um reiche große Ersparnisse machen zu können und daß dadurch ein Teil der Verbandsgelder einfach drauf liegen. Den Verwaltungskosten, die tatsächlich mit dem neuen Satz nicht ausfallen, werde der Zentralvorstand so wie zu zurechtfinden müssen, auch werde die notwendige Entschädigung der nicht besoldeten Funktionäre Sache des Zentralvorstandes werden müssen. Ein Antrag wurde nicht gestellt, den Delegierten zur Generalversammlung aber aufzutragen, vorstehende Bedenken geltend zu machen.

§ 14, Absatz 6, soll nach einstimmig angenommenen Antrag heißen:

Gaulkonferenzen können alle drei Jahre stattfinden. Auf Verlangen der Mehrheit der Filialen muß jedoch eine eubernen werden. Die Kosten hat der Gaukasse zu tragen. Auf Verlangen der Gauleitung muß jede Filiale vertreten sein.

Begründet wurde der Antrag damit, daß es nicht notwendig sei, jedes Jahr eine Konferenz abzuhalten; daß die Filialen, ob groß oder klein, mit 20 Proz. schon die Kosten nicht aufbringen können, daß aber auf der Konferenz alle Filialen vertreten sein müssen, soll dieselbe praktischen Wert haben.

Der Antrag Stuttgart: Es soll ein Gauleiter für den Gau Stuttgart angestellt werden, dessen Wirkungskreis so abgegrenzt wird, daß er genügend am Ort selbst mitarbeiten kann, wird von Schindler eingehend begründet.

Er führt aus, daß die Filiale Stuttgart, insbesondere durch die Verschiedenheit der Tarife der einzelnen Werkstätten, durch die Betriebe außerhalb, wie Waiblingen, auch Untertürkheim und Cannstatt, mit besonderen Verhältnissen zu arbeiten habe. Seit Jahren schon sind wir gezwungen, in einer Unmasse von Werkstattversammlungen, durch langwierige Tarifarbeiten um alle Kräfte anzustrengen. Durch die Organisation der Unternehmer ist es aber unmöglich gewesen, diese Arbeiten auf allzuviel Personen zu verteilen, und wenn man unseren Kollegen auch den Vorwurf nicht ersparen kann, daß sie uns manches abnehmen können, so muß gesagt sein, daß die Fäden des Ganzen doch immer wieder in einer Hand zusammenlaufen müssen. Jedenfalls kann es so nicht weitergehen, zumal auch der zu erwartende Zuwachs an Vorfeuertlern neue Arbeit genügend bringen wird. Wie es ähnlich im Gau aussieht, sehen sie ja heute. Das alles muß geändert werden, soll nicht die Aktionsfähigkeit der Organisation notleiden.

Kollege Windt betont in der Debatte, Schindler hätte sich die große Mühe sparen können: für uns ist der Antrag selbstverständlich.

Derbst - Mannheim wünscht bei der Neueinteilung größere Berücksichtigung des borigen Industriegebiets; Arbeit sei genügend da.

Niedel und Kärcher stimmen besonders dem zu, daß statt Gauleitern mit großen Gebieten, Lokalbeamte mit kleineren Bezirken angestellt werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Bei § 15 soll laut Antrag im Absatz 6 das Wort „angestellte“ (Gauleiter) gestrichen werden, damit

dann eher auch Kollegen aus kleinen Filialen die Generalversammlung auf sich wirken lassen können. Im Statutentwurf soll es auf Antrag Schindler statt 1/2 heißen: 2/3, besonders in Ansehen der Tarif der Unternehmer. In den neuen Unterstützungs-sätzen lagen Anträge von Colmar und Weitingen vor, welche neben viertägiger Karenzzeit die alten Tagesätze fordern. Weller, Windt und Schöfer sprechen gleichfalls für Beibehalten der Tagesätze auch bei Krankheit. Kiedel legt nochmals die Gründe der Zentrale dar, betont besonders, daß die älteren Mitglieder durch die Ausdehnung der Bezugsdauer nicht zu Schaden kommen. Märcher macht darauf aufmerksam, daß der Fehler mit der hohen Krankenunterstützung diesmal nicht mit höheren Beiträgen auszumachen sei. Die Arbeitslosenunterstützung sei ein Hauptmittel und müsse gepflegt werden; bei Krankheit kann man sich anderwärts Zuschüsse verschaffen, in Silber- und Auswahlschein. Schindler begrißt die Ausschaltung der Karenzzeit aus der Karenzzeit, vorher war das ein unangenehmer Zustand.

Den Weitingen Delegierten bittet man, den Antrag zurückzugeben, damit nicht die Konferenz Anträge der Filiale ablehnen müsse. Schöfer will das nicht und wird der Antrag mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Bei § 4 sollen im Absatz 7 die Worte „in Ausnahmefällen“ gestrichen werden, ebenso im § 6, Absatz 1, die Worte „infolge Arbeitslosigkeit“. Anregung wird noch, im Mitgliedsbuch die Unterstützungsseiten zu nummerieren und die Anmerkungen wieder aufzunehmen. Auf Anregung Windts einigt man sich nach Aussprache über die Delegiertenwahl dahin, daß die Kandidaturen im Wahlkreis Stuttgart zugunsten Stuttgarts zurückgezogen werden. Für den Kreis München wird empfohlen, neben einem Münchener den Konstanzer Kollegen zu wählen.

Das Statut wird ohne Aenderung angenommen.

In Schlusswort sagt Märcher: Wir haben in angestrengter Tagung das Material gut beraten. Jeder hat lernen können und jeder hat sich auch gern belehren lassen. Besonders ist dem Kollegen Kiedel für seine sachgemäße Mitwirkung zu danken. Wirt jeder einzelne in dem Sinne bei der Verdickung in den Filialen, dann wird den Mitgliedern das Statut lebendig werden.

Mit dem Wunsch, daß auch nach der Konferenz die Zusammenwirkung mit dem Gau so sei wie heute, wird dieselbe geschlossen.

### Rundschau.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands richtet an die deutsche Arbeiterschaft im Auftrage des Tabakarbeiter-Kongresses, welcher vor wenigen Wochen tagte, einen flammenden Aufruf. Wir sind leider nicht in der Lage, diesen Aufruf vollständig zum Abdruck zu bringen. Die Parteipresse ist in dieser Beziehung glücklicher dran und müssen wir unsere Kollegen schon auf diese verweisen. Die Zentralkommission weist in ihrem Aufruf darauf hin, daß der Tabak nunmehr seit dreißig Jahren das Objekt der Steuererhebung sei und daß die Arbeiterschaft in der Tabakindustrie ungeheure Schäden durch die Zollpolitik zu ertragen hatte. Auch jetzt ist wieder ein Adertah geplant, der weitere ungezählte Opfer fordert. Wegen die Nationen der Regierung wendet sich der Aufruf in ganz energiegelicher Weise, indem es heißt:

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Begreift Ihr nun, weshalb wir Tabakarbeiter uns wehren müssen, begreift Ihr die Erregung, welche sich der ganzen Tabakarbeiterchaft bemächtigt hat? Begreift Ihr unsere Angst und unsere Sorgen? Wir sollen das Opfer sein!

Auf dem Altar des Vaterlandes, wie verstandnislose und egoistische Apterpatrioten deklarieren, die sich selbst von ihrem großen Einkommen entsprechender Besteuerung drücken wollen, sollen wir das Opfer unserer Existenz bringen! Ob der Reichstag die von der Regierung vorgeschlagene Bundessteuer annimmt, oder ob er, wie 1879, eine Zoll- und Steuererhöhung beschließt, für uns Tabakarbeiter wird das Unglück gleich groß sein.

Wiederum werden Behnlaufende von Tabakarbeitern brotlos werden, wiederum werden die beschäftigten Arbeiter bei weitaus der kürzester Arbeitszeit arbeiten müssen, wiederum wird man uns die Löhne herabsetzen...

Wir haben im letzten Jahrzehnt immer größere Scharen von Tabakarbeitern unseren gewerkschaftlichen Verbänden und damit gleichzeitig der organisierten, kämpfenden Armee des Proletariats zugeführt.

Unsere ganze Organisationsarbeit wird abermals vernichtet werden, wenn die Tabakindustrie mit höheren Zöllen und Steuern belastet wird.

Kann Euch das gleichgültig sein? Dürft Ihr ruhig zusehen, wie die Arbeiterschaft einer so großen

Industrie völliger Verumpfung, dem Kulturm überantwortet wird? ... Die Situation ist für uns keine hoffnungs- freundige, wir betrachten sie aber noch nicht als eine verzweifelte.

Unsere Gründe, die wir gegen die Tabaksteuer vorbringen, sind die der Wahrheit und des Rechts, und so geloben sich die 315 Delegierten am Schluß des Tabakarbeiterkongresses einmütig, den Kampf nicht aufzugeben, sondern in verstärktem Maße fortzusetzen.

Damit bedürfen wir Eurer Mitwirkung! Namentlich an Euch wenden wir uns, organisierte Arbeiter Deutschlands, mit uns gemeinsam das geplante Minimum an unsere gewerkschaftlichen Organisationen abzumachen. Was Glaubens Ihr auch seid, welcher gewerkschaftlichen oder politischen Richtung Ihr immer angehört mögt, wie alle kämpfen für eine bessere Lebenshaltung der Arbeiter.

Kein Arbeiter, keine Arbeiterin kann und darf dulden, daß so große Mächten zu Nullis degradiert werden. Deshalb unterstützt unsere Protestbewegung mit aller Euch zu Gebote stehenden Energie, und wo immer unsere Vertreter sich an Euch um moralische Beistand wenden, laßt sie nicht vergeblich mahnen:

**Unsere Interessen sind Eure Interessen!**

Und hoffnungsreich, wie bei Beendigung des Tabakarbeiterkongresses, inwahr der Schlachtruf der gesamten Arbeiterschaft durch alle Lande:

**Durch Kampf zum Sieg!**

Die deutschen Vergarbeiter hielten in voriger Woche in Berlin einen imposanten Kongreß ab, welcher sich hauptsächlich mit den Zuständen in den Gruben und mit der sozialen Gesetzgebung, mit dem Vergarbeiterstreik beschäftigte. Die „Christlichen“ Vergarbeiter und die Regierung fehlten auf diesem Kongreß, obgleich man vorläufigerhand ein bürgerliches Lokal gewählt und das Gewerkschaftshaus ausgeschiedet hatte. Meine roten Jähnen, nichts was den Regierungsveteranen hätte unzulässig erscheinen können, war vorhanden, und trotzdem hatte die Regierung für die Lage der Beigleute keine Zeit. Wir schrieben schon einmal, daß wir leider glauben, daß es noch weiterer Mutopfer bedarf, um einen anderen und besseren Vergarbeiterstreik zu erlangen. Die Kritik, welche auf diesen Kongreß von allen Seiten geübt wurde, war eine vollst. gerecht. Leider ist die menschliche Sprache zu ohnmächtig, um alle Leiden dieser schwarzen Sklaven widerzugeben. Man muß es sehen und erlebt haben, um das Elend dieser Arbeiterschaft zu begreifen. Mag nun die Regierung und mit ihr die inkontrollierte Kapitalisten- schar sich nun stellen ob solchen öffentlichen Protesten, die Vergarbeiter werden von dem einmal beschränkten Wege nicht mehr abweichen, und die öffentliche Meinung und das Gewissen der Regierung solange aufsperrt, bis daß ein voller Vergarbeiterstreik er- zungen ist.

**Korrespondenzen.**

**Wiesbaden.** (E. 26. 1.) Die von 73 Kollegen be- suchte Versammlung nahm zuerst den Jahresbericht entgegen. Aus demselben ging hervor, daß die 17 stattgefundenen Mitgliederversammlungen einen durchschnittlichen Besuch von 45 Mitgliedern aufzu- weisen hatten. Des weitern betonte der Vorsitzende die Notwendigkeit des Zusammenstufens und zeigte an der Tarifbewegung von E. Lohmann, was er- reicht werden kann, wenn die Kollegen einig und geschlossen dem Unternehmer gegenüberzutreten können. Nach Erledigung der Vorstandswahlen, wurde auch das Wahlresultat des Delegierten zur Generalversammlung nach Köln bekanntgegeben. Ab- gegeben wurden 73 Stimmen, und zwar sämtlich für Kollegen Vorgardt. Er dankte für das Vertrauen und würde er sich seiner Pflicht in Köln bewußt sein. Die Versammlung nahm dann von dem neuen Statutenentwurf Kenntnis. Die Versammelten gaben sich bei einzelnen Paragraphen, namentlich bei den Unterstützungsfällen, nicht zufrieden und werden zur nächsten Versammlung mit diesbezüglichen Anträgen aufwarten. Ferner wurde ein Antrag angenommen, von Januar ab den Beitragsaffizierten nur noch 2½ Proz. zu zahlen, da bei dem erhöhten Lokal- zuschlag ein Mehr an Arbeit nicht entfällt. Nach einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden, auch in der Kritik seinen Mann zu stellen, wurde die gutbesuchte Generalversammlung geschlossen.

**Leipzig.** (E. 26. 1.) In unserer Versammlung vom 15. Januar wurden zunächst einige Wahlen vor- genommen. Dann trat man in die Statutenänderung ein. Der Vorsitzende erklärte die hauptsächlichsten Paragraphen und forderte die Mitglieder auf, sich darüber auszusprechen, um in der nächsten Ver- sammlung eventuell Änderungsanträge zu stellen. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen Köring, Steiner, Verthold und Schuster dahingehend aus, daß sie sich auf keinen Fall mit verschiedenen Para- graphen einverstanden erklären können und der

nächsten Versammlung Anträge unterbreiten werden. Nachdem der Antrag Möße auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde ausgedrückt, für einen regen Besuch der nächsten Versammlung Sorge zu tragen. Der Vorsitzende wies dann noch auf die nächste Vertrauensmännerversammlung und unser Winter- vergangen hin, welches am 13. Februar stattfindet, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

**Dresden.** (E. 26. 1.) In dichtgefülltem Saale der „Erlöhr Kunst“ sprach am Sonnabend, den 23. Januar, Kollege Nibel-Vorlin über: „Die Lage der Militärarbeiter und das Verhalten der Staats- behörden ihren Wünschen gegenüber“. Der Referent wies auf die unheimlichen Verhältnisse in der Militär- effektenbranche hin. Schuld an der misslichen Lage sei das Submissionswesen sowie das Bestreben der Militärbehörden, bei Vergütung der Arbeiten die Preise möglichst herabzubringen. Die Petitionen an Reichsregierung und Behörden blieben unbeachtet. Durch Zusammenstoß haben sich die Berliner Kol- legen ganz unannehmbare Positionen erungen. Redner fordert die hiesigen Militärereffektentatter auf, ihre Gleichgültigkeit abzulegen und sich zu organisieren. Gerade in Dresden werde die Arbeit unter den schlechtesten Bedingungen angefertigt. Allerdings müßten die Kollegen sich rühren. Nur dann wird es möglich sein, einen einheitlichen günstigen Tarif über ganz Deutschland zu schaffen. — Die Aus- führungen fanden lebhaften Beifall. Folgende Peti- tion an das sächsische Kriegsministerium wurde ein- stimmig angenommen: „Die am 23. Januar 1909 tagende Versammlung der Sattler Dresdens nimmt Kenntnis von den unbilligsten Zuständen, die bei Ausführung von Sattlerarbeiten für die Militär- behörden durch private Unternehmer vorhanden sind. Die Versammlung konstatiert die Ignorierung der Reichsstände des Reichstags bezüglich der Vergütung dieser Arbeiten seitens der Militärbehörden und stellt daher an die königliche sächsische Militärverwaltung das Ersuchen, bei allen zu vergebenden Arbeiten nur solche Unternehmer zu berücksichtigen, die die über- nommenen Arbeiten in eigenen Werkstätten aus- führen, ihren Arbeitern Lohn- sowie Stückpreise ge- währen, die nicht hinter denen in der Militär- effektenbranche üblichen zurückbleiben, sowie sämtliche Zulagen, wie Wochs, Maßfaden und dergleichen, zur Herstellung des Fabrikats kostenlos liefern. Des- gleichen wird die königliche Militärverwaltung höf- lichst ersucht, das Submissionsverfahren dahin zu ändern, daß bei gleichem Angebot der Unternehmer bevorzugt wird, der mit seinen Arbeit in im Tarif- verhältnis steht.“ — Kollege Zauer gab noch bekannt, daß von der Gewandlung ein Tarifentwurf aus- gearbeitet und den betreffenden Unternehmern unter- breitet worden sei. Mit der Aufforderung, die Generalversammlung am 6. Februar ebenso zahl- reich zu besuchen, wurde die Versammlung ge- schlossen.

**Bahum.** (E. 1. 2.) Am Sonntag, den 24. Januar, fand hier eine gemeinschaftliche Versammlung der Sattler und Tapeziere statt, in welcher Kollege Schneider-Köln über „Freie und christliche Gewerkschaften“ sprach. Anlaß zu dieser Versammlung waren die schmerzigen Annahme in Nr. 52 des „Christlichen“ „Vorgarber“ sowie des Bezuges des „Christlichen“ Sattlers und Tapeziers Erpenbet in der Versammlung vom 12. Dezember vorigen Jahres, Kollege Schneider solle seine Worte in einer anderen Versammlung wiederholen. Wer nun glaubte, die Versammlung sei von „Christen“ überfüllt, hatte sich gemaltig getäuelt. Trotzdem die „Christlichen“ Sattler und Tapeziere und besonders Herr Erpenbet auf- gefordert wurden, zu erscheinen, wählten sie der Taperkett bessere Teil und haben feige geüßnet. Es läßt sich ja auch in einem Wart, daß seinen Lesern fast in jeder Nummer alles andere, denn geistreiche Angriffe auf die Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften vorgelegt, besser polemisieren, als in der Versammlung dem Gegner Auge in Auge gegenüberzustehen.

Kollege Schneider geißelte eingangs seiner Aus- führungen dieses Verhalten der „Christlichen“. In seinem Vortrag selbst kam er, ausgehend von der Gründung der freien Gewerkschaften, auf die Grün- dung der christlichen Gewerkschaften zu sprechen. Schilderte das Wirken des von den „Christlichen“ als hervorragenden Sozialpolitiker gefeierten Bischof Ketteler, der an Lassalle schrieb, daß er von Arbeiter- fragen nichts verstehe, sowie der Sozialpolitiker Mousang und Hige. Weiter ging Redner auf die Versuche zur Gründung verschiedener Vergarbeiter- organisationen ein, die vor der Gründung der jetzt bestehenden stattgefunden haben. Redner zeigt, wie die Sattler hinter den Kulissen gearbeitet und unter dem Deckmantel des Christentums die Arbeiter zer- splittert haben unter der Devise, wie auch die „Streuzettel“ einen Artikel, der die „Christlichen“ lobhudelt, schließt: divide et impera.

Der christliche „Vorgarber“, der auch einen Auszug aus dem Artikel brachte, vergißt natürlich, seinen Lesern dieses vorzusehen.

An der Hand verschiedener Beispiele zeigt Redner die wirkliche Verdingung des praktischen Christentums, das dem Armen Mosen hat Mehr- bietet. Das „christliche“ Zerkend, ihre Welt- ansicht man hat, um die Arbeiter für sich einzufangen. Die bekannte „Moralität“ der „Christlichen“ wurde grell bekundet, ebenso ihr Ver- halten bei Lohnbewegungen in anderen Berufe. Auf die Stärkung und den Ausbau anderer Organi- sationen hinweisend, da die Bestreben der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bis heute nur durch diese erungen und in Zukunft auch noch nur durch andere Organisation erungen werden, schloß Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag.

In der Diskussion nahm Kollege Klein das Wort. Er schilderte das Verhalten der „Christlichen“ bei den Lohnbewegungen der Tapeziere, ins- besondere das des Herrn Erpenbet. Redner schildert das Verhalten der „Christlichen“ Arbeiter gegen- über den Forderungen der „freien“ Arbeiter und die Klassengegensätze zwischen beiden. Die Religion würde heute nur zur Unterdrückung ge- braucht. Im übrigen seien sämtliche im „Christlichen“ Vergarbeiterverband organisierten Sattler und Tape- zierer bedeutungslos.

Kollege Berger befaßt sich ebenfalls mit Herrn Erpenbet als Leiter der „christlich“ organisierten Sattler und Tapeziere im „christlichen“ Vergarbeiter- verband.

Im Schlusswort weist Kollege Schneider noch darauf hin, warum die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag gegen die Versicherungsreform gerannt habe. Aber auch vom Zentrum haben von 98 Ab- geordneten nur 13 für die Abwahlen und Alters- berinderung gestimmt. Und das Zentrum war es, welches in der Session 1908/9 einen Verdrück- ternsamtstag einbrachte. Weiterer Ausbau unserer Organisation wird auch weitere Aufklärung schaffen uns zum Kamp, dem Gegner zum Trotz. Darauf schloß der Vorsitzende, Kollege Steffels, die von 52 Kollegen besuchte imposante Versammlung.

**Kürnberg.** (E. 2. 2.) Am 17. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige nächst be- suchte Generalversammlung statt. Aus dem Jahres- bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß in verfloßenen Jahre 24 Mitgliederversammlungen, eine allgemeine, eine konfirmierte und eine General- versammlung abgehalten wurden. In sechs Ver- sammlungen wurden Beiträge erhoben, welche die verdrückten Themen behandelten. Lohnbewe- gungen haben wir eine zu verzeichnen, den Streik bei Schwarzenberger, welcher leider infolge der Solidarität der Unternehmer für uns ohne Erfolg war. Die Mitgliederzahl ist um 8 zurückgegangen, von 178 auf 170, was hauptsächlich auf die off- gemeine Kritik zurückzuführen ist. Als Delegierter zur Generalversammlung wurde Kollege Böhrer ge- wählt. Die Remoisten der Verwaltung brachten keine wesentliche Änderungen. Nachdem noch zwei Anträge der Verwaltung, welche die Lokaloffise be- treffen, behandelt und einige örtliche Angelegen- heiten erledigt wurden, erfolgte Schluß der Ver- sammlung.

**Braunschweig.** (E. 3. 2.) Am 21. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Vormann, gab einen kurzen Jahresbericht. Er fährt aus: Alles in allem haben wir leider keinen Grund, mit dem vergangenen Jahre ganz zufrieden zu sein. Durch die jetzt herrschende schlechte Geschäftslage ist unser Mit- gliederbestand ziemlich zurückgegangen, doch wollen wir durch kräftige Dankagung nach Möglichkeit die alte Zahl zu erreichen suchen. Daß unser erster Streik hier am Orte, bei der Firma Manz u. Co., nicht den dauernden Erfolg hatte, wie man allgemein annahm, ist nicht wenig auf das Verhalten zweier Nachkollegen, namens Heinrich Hertz und Louis Kienke zurückzuführen. Diese beiden haben damals mitgestreikt, jedoch einige Zeit nach Beendigung desselben unter albernem Gründen dem Verban- den Rücken geteilt. In Wirklichkeit war das Ein- halten unserer Pflichten ihnen längst schon un- bequem, es fand sich nur so reich sein Vorstand. Jetzt ist ihre Mauierung glücklich vor sich gegangen, gelb- bis auf die Knochen. Mit den bei Manz u. Co. noch befindlichen Streikbrechern haben sie sich überraschend schnell angefreundet.

Bei der stattfindenden Wahl des Vorstandes wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt. Hier- auf folgte Statutenberatung. Bei der sehr leb- haften Debatte wurde sehr bedauert, daß unser Zentralvorstand unterlassen hatte, das Erscheinen des neuen Statuts in der Zeitung frühzeitig anzu- kündigen. Auf diese Weise sind wir in die Lage gekommen, zweimal Statute zu prüfen. Die Geduld unserer Kollegen ist dabei auf eine harte Probe gestellt. Wir müssen unseren Braunschweiger Kollegen leider bemerken, daß schon am 4. Dezember der neue Statutenentwurf angehängt war. Früher war wohl nicht gut möglich, da die Urabstimmung der Vortrefflicher erst abgewartet werden mußte. (E. 3.)

Der neue Statutenentwurf enthält eine ganze Reihe Verflechtungen. Zum Beispiel: den Verwaltungsstellen verbleiben statt früher 20 Proz. jetzt nur noch 15 Proz. Wir glauben, durch diese Maßnahmen werden die kleineren Verwaltungsstellen getroffen. Die Folge wird sein: Zeitig beim Quartalsabschluss. Offenlich legen alle kleinen und mittleren Filialen hiergegen starken Protest ein. Außerdem möchten wir die Auszahlung der Krankenunterstützung sowie die neue Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt wissen. Eine ganze Anzahl Anträge auf Aenderung resp. Streichung verschiedener Paragraphen haben ein, die zur Generalversammlung eingebracht werden. Amertung für den Schriftführer.

Der Bericht folgte 20 Pf. Straßporto. — **Preßlau.** (C. 3. 2.) In der am 30. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung, die allerdings jedoch besetzt war, wurde nachdem der Kassierer die Abrechnung über das dritte Quartal 1909 gegeben hatte, wofür ihm Danksage erteilt wurde, der Bericht über die Filialität gegeben. Der Vorsitzende forderte die Kollegen zur regen Benutzung dieser Einrichtung an. Bei der Delegiertenwahl zur Generalversammlung erhielt Kollege Varisch 24 und Rudolph 5 Stimmen. Bei Weiterberatung der Statuten wurden folgende Anträge angenommen: § 6. In außerordentlichen Fällen kann vom Zentralvorstand und Ausschuss die Erhebung von Extrabeiträgen angeordnet werden, doch dürfen diese 10 Prozent der Woche nicht übersteigen. Beim Reglement für Ausschüsse: Bei § 1 soll es heißen: „Der Höhe vom Zentralvorstand und der Generalversammlung bestimmt wird.“ § 2, Absatz 2, soll lauten: „Mitglieder, die innerhalb acht Wochen nach beendeter Lehrgang dem Verband beitreten, erhalten nach gehobener Mitgliedschaft auf der Weise 13 Mk.“ § 4. Die Statuten bei der Krankenunterstützung soll dieselbe sein, wie bei der Arbeitslosenunterstützung. Ferner soll es bei allen Unterstützungen heißen: „haben Anspruch auf Unterstützung.“ Der Kassier sollen besondere Nachbeilagen beigelegt werden. Ferner wurde noch der Antrag gestellt: „Die Filiale Preßlau beantragt, einen besondern Beauftragten anzustellen, mit dem Sitz und Wahrnehmung örtlicher Funktion in Preßlau, für Schlichter und Vesen.“ Dieser wurde einstimmig angenommen. Im Verlaufe gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Probenummern des Sonderorgans erschienen sind und bereit diese nebst Monumentsaufforderungen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Rauba.** (C. 6. 2.) Am 25. Januar 1909 tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, welche Kollege Daaser 4 1/2 Uhr eröffnete. Zuerst wurde die Diskussion über den neuen Statutenentwurf fortgesetzt, zu welchem sich verschiedene Kollegen äußerten. Die hiesigen Kollegen haben beschlossen, ihre diesbezüglichen Anträge dem Zentralvorstand zu unterbreiten. Dann folgte die Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Kollege Daaser, unser örtlicher Kandidat, wurde von sämtlichen hiesigen Kollegen gewählt. Nachdem noch verschiedene örtliche Angelegenheiten erledigt worden waren, wurde die bei einem guten Kocher gemütlich verlaufene Versammlung um 12 1/2 Uhr geschlossen. Anwesend waren 20 Kollegen.

**Dals.** (C. 6. 2.) Sonntag, den 30. Januar, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit einer reichhaltigen Tagesordnung statt. Zunächst wurde von einer Sitzung der Gewerkschaftsvorstände berichtet, in welcher Genosse Ad. Thiele, früherer Redakteur, sich bereit erklärte, eine Geschichte der Dalsischen Gewerkschaften zu schreiben. Die Kollegen stimmten diesem zu und die hierzu gestellten Bedingungen wurden angenommen. Hierauf wurden eine Anzahl vorgelegte Änderungsanträge durchberaten. Zur Vertretung der örtlichen Ausgaben sind die 20 Proz. beizubehalten und bei Anstellung von Lokalbeamten die Gehälter nicht aus der Hauptkasse zu zahlen, sondern haben die betreffenden Verwaltungsstellen selbst aufzubringen, was noch besonders hervorzuheben ist. Zu § 15 wurde beantragt, daß ein Delegierter 175—200 zahlende Mitglieder vertritt. Die Wahlkreisbestimmung ist so vorzunehmen, daß es auch kleineren Verwaltungsstellen möglich ist, Delegierte zur Generalversammlung zu entsenden. Auch die Agitation auf dem Lande und in den kleinen Städten bedarf einer baldigen Regelung und sind abgegrenzte Filialbezirke zu errichten. Hierauf kamen nochmals die bereits eingegangenen Änderungsanträge auf Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbenerunterstützung zur Sprache. Am allgemeinen können sich die Mitglieder mit dem Statutenentwurf nicht einverstanden erklären, da dieser nicht die von uns erwarteten Vorteile gebracht hat. Es ist nur bei Verbesserung der Unterhaltungsfrage ein Vorwärtskommen möglich. Auf Grund dessen wurde nach der Antrag gestellt, den Beitrag für männliche Mitglieder von 45 auf 50 Pf. zu erhöhen. Da die Zeit weit vorgeschritten war, blieben mehrere Punkte unerledigt. Um 1 Uhr erfolgte Schluß der Versammlung.

**München.** (C. 6. 2.) Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Aus den Berichten ist zu entnehmen, daß unsere Filiale auf ein arbeitsreiches und auch erfolgreiches Jahr zurückblicken kann. Die Mitgliederzahl stieg von 188 auf 222, verchiedene Kollegen nahen zwar immer wieder wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen werden, doch hat sich die Beitragszahlung so weit gebessert, daß wir berechtigt sein können. An Lohnbewegungen hatten wir drei zu verzeichnen, welche sämtlich günstig verliefen; dazu 100 Kollegen waren beteiligt und haben nicht zu verachtende Vorteile errungen. Das Schmerzenskind unserer Filiale ist der Arbeitsnachweis. Unser Wunsch wäre, wenn derselbe durch den geplanten paritätischen Nachweis abgelöst würde. Im 3. und 4. Quartal hatten wir eine große Klauer im Geschäftsgang. Die Arbeitslosigkeit erreichte eine Höhe, wie wir sie hier in München nicht gewohnt sind; z. B. beschäftigt die Mappenfabrik Rathgeber von 30 Kollegen im Frühjahr nur noch 4 Kollegen, und diese mühen allwöchentlich aussteigen, ebenfalls sind die Wagenfabrik um 50 Proz. reduziert. Wenn wir dies beachten, müssen wir uns sagen, daß eminente Arbeit notwendig war, um so zu halten, und wurde auch der Verwaltung die Anerkennung von Seiten der Mitglieder nicht versagt. Die Neuwahl brachte im wesentlichen nichts Neues, die Verwaltung bleibt in den bewährten Händen. Bei der Delegiertenwahl entstand eine lebhaft Debatte, ob München 1 oder 2 Delegierte wählen sollte. Die Mehrheit war jedoch der Ansicht, daß man die kleinen Filialen nicht bei Seite schieben dürfe. Bei der Wahl selbst entfielen auf Mägen-München und Wehrle-München die Mehrzahl der Stimmen, Weigl-München erhielt ebenfalls eine hohe Stimmzahl. Es war uns in der Generalversammlung verdammt, wieder einmal einige feine Worte unseres alten Grundbaß zu hören; er rührte sich auch noch. Mit der Mahnung unseres Vorsitzenden, im neuen Jahre fest und treu zur Fahne zu stehen und unserem nächsten Ziel entgegenzugehen, die 300 Mitglieder zu erreichen, schloß dieser die Versammlung. Darum fecht in den Kampf, endlich muß doch der Sieg unser sein, vorwärts!

**Stuttgart.** (C. 8. 2.) Am 30. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorstandsbericht gab Einbild in das arbeitsreiche Berichtsjahr. Abgehalten wurden: 19 Versammlungen, 27 Vorstandssitzungen, 66 Werkstattversammlungen, 14 Vertrauensmänner- und Funktionärsitzungen, zehn Branchenversammlungen und 18 Sitzungen des Vorstandes mit den Vorsteherleuten, der Tarifkommission und der Schlichtungskommission anlässlich des gemeinsamen Vertragsabschlusses in der Lederwaren- und Kleiderindustrie. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Jahres 294 männliche und 11 weibliche, am Schluß 295 männliche und 20 weibliche. An Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse sind 11 065,88 M. zu verzeichnen. (Vorkasse 3076,84 M.) Veräußerung wurde: Krankenunterstützung in 48 Fällen 1180,50 M.; Arbeitslosenunterstützung in 41 Fällen 623,75 M. (Vorkasse in 63 Fällen 894,75 M.) — Ein herrliches Bild im kleinen Maßstab von der vorigen Lage der „deutschen Arbeiterkassen“ — Einkünfte der Kollegen sank, einviertel arbeitslos, ohne die große Zahl der noch nicht bezugsberechtigten. Angesichts dieses Jammerbildes muß es verdammt Pflicht und Schuldigkeit sämtlicher Kollegen sein: im neuen Jahre für den Ausbau unserer Organisation und damit zur Hebung unserer Lage Sorge zu tragen. Die Unterhaltungsnummern beweisen, daß „Solidarität“ keine leere „Phraze“ ist. Dem Vorschlag des Zentralvorstandes, die Neuwahlen bis 1. Juli aussetzen, wurde stattgegeben. Durch Beschluß der Generalversammlung sollen die Versammlungen Punkt 8 Uhr eröffnet werden. Als Delegierte zur Generalversammlung in Köln erhielten Stimmen: Kell. Kärcher 65, Schindler 60, Pfeiffer 3 und Felme eine. Der Vorsitzende erläuterte noch den „Statutenentwurf“, über welchen eingehend diskutiert wurde. Änderungs- bzw. Zusatzanträge wurden fünf gestellt, die an anderer Stelle veröffentlicht werden. Die Versammlung war von 65 Kollegen und Kolleginnen besucht.

**Offenbach a. M.** (C. 9. 2.) Am 1. Februar dieses Jahres, dem 18. Geburtstag der hiesigen Verwaltungsstelle, waren die Kollegen direkt nach Geschäftsabschluss um 8 Uhr zur Generalversammlung geladen, um den Geschäfts- und Kassierbericht entgegenzunehmen, und die Wahl der Delegierten zur nächsten Generalversammlung zu vollziehen, welche in der Zeit von 6—8 Uhr stattfand. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung hätte die Versammlung besser besetzt sein dürfen. Nur wenig über 100 Kollegen waren der Einladung gefolgt. — Den Jahresbericht erstatteten die Kol. Jung und Wurm. Das verfloßene Jahr war wiederum ein sehr arbeitsreiches. Es fanden 12 Mitgliederversammlungen, 24 Vorstandssitzungen und 4 Ver-

trauensmännerversammlungen statt. Der Besuch der Mitgliederversammlungen ist durchweg als schlecht zu bezeichnen. Anders steht es mit den Werkstattversammlungen, wovon 81 abgehalten wurden, 34 während der Tarifbewegung gemeinsam mit den Vorsteherleuten. Hierbei konnte konstatiert werden, daß an diesen Versammlungen fast ausnahmslos alle Kollegen teilnahmen. Ferner fanden noch fünf 10 Lohnkommissionssitzungen, 5 öffentliche Versammlungen, ebenfalls gemeinsam mit den Vorsteherleuten und eine Versammlung mit den übrigen leberarbeitenden Verufen, in welcher die Schaffung eines Leder-Industrieverbandes besprochen wurde. — Mit dem Abschluß der Tarifbewegung war ein Teil Kollegen nicht einverstanden. Auf die Gründe, warum dieses der Fall war, einzugehen, erübrigt sich, da schon in früheren Berichten darüber berichtet wurde. Die wirtschaftliche Krise machte sich auch in den Löhnenverhältnissen bemerkbar. — Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse balanzieren um 13 468 70 Mk., die der Vorkasse inkl. Massenbestand 15 201 50 Mk. An Unterstützungen wurden verausgabt: Krankenunterstützung 102 Mk., Arbeitslosenunterstützung (inkl. Vorkasse) 3518,75 Mk., Krankenunterstützung 2771,50 Mk., Sterbenerunterstützung 260 Mk. An sonstigen Unterstützungen, Notfall und dergleichen, wurden aus der Vorkasse 202,50 Mk. ausgegeben. An die Hauptkasse konnten trotz der verzeichneten 2103 Mk. für Ertragsbeiträge nur 4700 70 Mk. abgeführt werden. Ein Beweis, daß die wirtschaftliche Krise auch die Kleiderindustrie stark in Mitleidenschaft zog, was auch bei der Tarifbewegung von großem Einfluß war. An Arbeitszeiten Tagen wurden gezählt 4136 bei 292 Füllen, ergab 1526 Tage und 131 Fälle im Jahre 1907. Bei jedem arbeitslosen Fall kommen im Jahre 1908 11,6 Tage. Die Krankenunterstützung wurde verausgabt an 116 Kollegen für 2751 Tage inkl. Karenztage. Krankenarbeitslosen wurden verbraucht 343 für 239 Tage, ergibt eine Erwerbslosigkeit von zusammen 9288 Tage oder pro Mitglied 167,4 Tage. Die Mitgliederbewegung ist folgende: eingetreten sind 40 Kollegen, zugereist 39, ausgeschieden wurden 19, ausgetreten sind 23, abgewist 47, zum Militär 15, gestorben 4, bleibt ein Mitgliederbestand von 547. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 565.

Zur Wahl der Ortsverwaltung verließ der Vorsitzende ein Schreiben des Zentralvorstandes, betreffs der Neuwahlen. Die Ortsverwaltung ist bereit, ihre Aemter bis zum 1. Juli d. J. weiterzuführen, falls sich die Mitglieder damit einverstanden erklären. Da ein Widerspruch nicht erfolgt, ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Dasselbe geschieht bei der Wahl der übrigen Funktionäre. Eine beantragte Weiterberatung des Statutenentwurfs wurde wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt, da jedenfalls außer den bereits gestellten Anträgen, weitere doch nicht gestellt würden. — Sodann gibt der Vorsitzende der Wahlkommission die gewählten Delegierten zur nächsten Generalversammlung bekannt. Mit absoluter Mehrheit sind gewählt die Kollegen W. Jung, C. Wurm und M. Wurm. Nachdem noch der Vorsitzende auf die nächste stattfindende Mitgliederversammlung hingewiesen, erfolgte Schluß um 9 1/2 Uhr.

**Sterbetafel.**  
Berlin. Eduard Meiner, 30 Jahre alt, Herzleiden. — Wilh. Drabandt, 41 Jahre alt, Herzleiden.  
Ehre ihrem Andenken!

**Adressenänderungen.**  
Donkau, K. Karl Raier, Gebhardstr. 24.  
Bodum. B. J. Kessels, Hubertusstr. 211. RU.  
bei Karl Rommjen, Teuberstr. 7 IV. 7—8, S. 11 bis 12, V. Fernerstr. 11.

**Bekanntmachungen der Hauptverwaltung.**  
Wegen Vertiefen an den Interessen des Verbandes wurden ausgeschlossen: Heinrich Herte, Braunschweig, Buchnummer 9571; Jakob Renner, Köln, Buchnummer 12 661; Adolf Straube, Berlin, Buchnummer 10 001. Wegen Streikbruch wurden ausgeschlossen: Emil Damzog, Buchnummer 240, Robert Sobst, Buchnummer 2551, Friedrich Metuhn, Buchnummer 7949, und Ernst Friedel, Buchnummer 2731, sämtlich in Berlin.  
Der Vorstand.

Eingänge im Monat Januar 1909:

Eintrittsgelder der Einzelmitglieder:
Karten Nr. 6269, 6270, 6929, 6931, 7300.
Summa 2,50 Ml.

Beiträge der Einzelmitglieder:

Table with columns: Buch-Nr., Ml., Buch-Nr., Ml., Buch-Nr., Ml. containing individual contribution data.

Extrabeiträge der Einzelmitglieder:
Buch-Nr. 13841 0,50 Ml., 249 0,50 Ml., 5200
0,50 Ml. Summa 1,50 Ml.

Einsendungen der Verwaltungsstellen:

Table listing contributions from various locations like Ansbach, Apolda, Augsburg, etc., with amounts in Ml.

Obige Zahlen bitte ich genau zu prüfen und etwaige Einwendungen sofort an die Hauptverwaltung gelangen zu lassen.

Mit kollegialem Gruß

Fritz Müntner, Hauptkassierer.
Berlin SO. 16, Adalbertstr. 56.

Abrechnung der Hauptkasse für das 4. Quartal 1908.

Table showing financial statements for the main treasury, including income, expenses, and balances.

\*) Die unter dem Stich bemerkten Beträge kommen erst für das I. Quartal 1909 zur Anrechnung.

Ausgabe:

Table detailing expenses for various categories like Ver. Agitation, Sattlerzeitung, Verwaltungskosten, etc.

Summary table for expenses with columns: Einnahme, Ausgabe, Bestand.

Table showing the balance of the German bank and other funds.

Abrechnung des Ganfonds für das 4. Quartal 1908.

Table showing the financial statements for the fund, including income and expenses.

Ausgabe.

Table listing expenses for locations like Gau Stuttgart, Nürnberg, Köln, etc.

Bestand.

Table showing balances for locations like Gau Stuttgart, Nürnberg, etc.

Abfchluß.

Summary table for fund expenses with columns: Einnahme, Ausgabe, Bestand.

Die Hauptverwaltung:

Fritz Müntner, Hauptkassierer.
Revidiert und für richtig befunden.
Berlin, den 4. Februar 1909.
Der Ausschuß: H. Handlbach, W. Hutenschön, A. Döhner.

Für das I. Quartal 1909 sind dem Ganfonds folgende Beträge überwiesen:

Table listing contributions to the fund from Gau Stuttgart, Nürnberg, etc.

Anmerkung zur Tabelle: Aufgenommen wurden 445 Mitglieder...

Unter den "sonstigen Einnahmen" befinden sich 141,00 Ml., die als Extrabeiträge angebracht wurden.

Die Verwaltungsstelle Darmstadt ist eingegangen. Feing i. S. wurde neugegründet.

Der Hauptkassierer.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung in Köln haben folgende Resultate ergeben:

Table showing election results for the 1st and 2nd constituencies.

Table showing election results for the 3rd constituency.

\*) Außerdem befindet sich in den Lokalkassen ein Bestand von 55 044,02 Ml.

Verband der Sattler. Abrechnung über das 4. Quartal 1908.

Zaifende Nr.	Verwaltungsstelle	Datum des Eingangs der Abrechnung	Einnahmen								Ausgaben										Schatkassen		Zahl der Mitglieder												
			Bestand vom vorigen Quart.		Einnahm. geb.		Beiträge		Eingelag. Einnahmen		Reineinnahme		Verwaltungs-Unterstützung		Arbeiter-Unterstützung		Gemeinnützige Unter-Unterstützung		An die Sattlervereine		Summe der Ausgaben			Bestand am Quartals-schluss											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31					
1	Affenburg	7. 1.	5 70	— 50	33 30	—	—	39 50	—	—	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
2	Ansbach	12. 1.	11 50	— 50	38 50	—	—	50 80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
3	Apolda	20. 1.	20 04	—	67 00	60	—	137 04	8	—	73 50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
4	Augsburg	13. 1.	—	— 50	91 80	—	—	91 80	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
5	Bamberg	5. 1.	23 12	—	31 95	—	—	55 07	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
6	Bayreuth	12. 1.	— 84	1 50	139 50	—	—	141 84	2	—	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
7	Bayreuth	18. 1.	24 88	—	29 25	—	—	54 13	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
8	Berlin	11. 1.	1188 09	7 75	1044 70	654 45	12315 99	1038	3504 75	1925 50	290	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
9	Bielefeld	15. 1.	36 47	—	607 55	—	—	646 02	20	—	98	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
10	Böckum	14. 1.	1 81	—	43 65	—	—	46 06	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
11	Bonn	18. 1.	— 80	—	30 15	—	—	30 95	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
12	Brandenburg a. O.	12. 1.	—	—	437 45	—	—	437 45	15	—	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
13	Braunschweig	8. 1.	23	—	153 45	—	—	176 45	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
14	Bremen	12. 1.	171 21	—	318 00	10 35	504 16	32	48	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
15	Bremerhaven	5. 1.	33 55	— 50	120 60	—	—	154 65	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
16	Breslau	11. 1.	—	6 80	768 15	—	—	774 90	17	—	46	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
17	Brig	13. 1.	—	—	38 25	—	—	38 75	—	—	13 75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
18	Bromberg	19. 1.	—	—	9 90	—	—	30 90	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
19	Chemnitz	11. 1.	86 58	—	238 50	—	—	325 08	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
20	Colmar i. Elz.	14. 1.	—	—	59 70	—	—	59 70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
21	Danzig	14. 1.	4 80	6 50	21 15	—	—	62 45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
22	Darmstadt	1. 1.	43 68	— 50	—	—	—	45 08	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
23	Deßau	6. 1.	12 28	— 50	26 20	—	—	38 98	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
24	Dortmund	18. 1.	98 05	—	22 50	—	—	60 55	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
25	Dresden	11. 1.	205 82	5 25	1727 85	—	—	1944 92	21	—	283 45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
26	Duisburg	5. 1.	—	1	45 90	—	—	51 66	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
27	Düren (Möb.)	15. 1.	—	—	31 15	—	—	34 65	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
28	Düsseldorf	14. 1.	—	1 50	120 60	—	—	122 10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
29	Eisenach	18. 1.	—	—	57 69	—	—	57 69	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
30	Eisenach	8. 1.	10 65	—	33 30	—	—	43 95	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
31	Erfeld	12. 1.	32 98	3	500 80	15 50	552 28	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
32	Erlangen	13. 1.	26 06	—	26 10	—	—	75 66	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
33	Effen	5. 1.	9 25	2 50	162 45	—	—	174 20	12	—	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
34	Ehlingen	6. 1.	—	—	39 15	—	—	39 15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
35	Falkenstein i. B.	6. 1.	1 92	— 50	28 50	—	—	31 22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
36	Finsterteiche	18. 1.	21 20	—	26 55	—	—	49 75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
37	Frankfurt a. M.	9. 1.	7 81	1 50	804 60	—	—	818 91	31 80	150 75	265	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
38	Gelsenkirchen	13. 1.	—	—	88 25	—	—	89 25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
39	Gera i. B.	4. 1.	—	—	110 70	—	—	110 70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
40	Geringwalde	9. 1.	2 84	—	19 35	—	—	21 69	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
41	Glogau i. Sch.	20. 1.	—	—	76 95	—	—	76 95	14	—	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
42	Görlitz	12. 1.	153 14	1 50	160 20	—	—	814 84	12	—	91	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
43	Haagen i. Sch.	8. 1.	7 15	—	22 50	—	—	29 65	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
44	Halle a. S.	9. 1.	9 68	1 50	239 85	—	—	251 03	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
45	Hamburg	11. 1.	67 83	3 50	1280 25	218	—	1569 58	71	—	604 75	142 50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
46	Hannover	18. 1.	6 94	—	955 50	100 50	1069 94	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
47	Harburg	15. 1.	25 56	— 50	21 25	—	—	50 31	—	—	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
48	Hellbronn a. B.	15. 1.	—	—	72 45	—	—	72 55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
49	Hena	19. 1.	—	1 50	183 00	—	—	185 10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
50	Heiligenstadt	6. 1.	14 08	— 50	75 60	—	—	90 18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
51	Herleshausen	15. 1.	24 77	—	172 80	—	—	199 57	23	—																									

4. Wahlkreis (3 Delegierte).

Jung, Offenbach	87	Stimmen
Marenig, Offenbach	85	"
Warm, Offenbach	75	"
Stopf, Offenbach	43	"

Abgegebene gültige Stimmzettel 102.  
Notwendige Stimmzahl 52.  
Gewählt Jung, Marenig und Warm.

6. Wahlkreis (1 Delegierter).

Henkler, Wiesbaden	72	Stimmen
--------------------	----	---------

Gewählt Henkler.

7. Wahlkreis (1 Delegierter).

Becker, Elberfeld	28	Stimmen
Jorzsig, Düsseldorf	18	"
Nüdiger, Elberfeld	15	"
Leuf, Bieren	1	"

Abgegebene gültige Stimmzettel 62.  
Notwendige Stimmzahl 32.  
Stichwahl zwischen Becker und Jorzsig.

8. Wahlkreis (1 Delegierter).

Borgard, Bielefeld	74	Stimmen
Berger, Essen	28	"

Abgegebene gültige Stimmzettel 102.  
Notwendige Stimmzahl 52.  
Gewählt Borgard.

10. Wahlkreis (2 Delegierte).

Günther, Bremen	76	Stimmen
Dregelius, Hamburg	75	"
Kümmel, Hamburg	48	"
Meyer, Bremen	39	"
Schwanz, Hamburg	30	"
Dörraft, Herxsen	24	"
Graf, Herxsen	21	"
Ungültig	1	"

Abgegebene gültige Stimmzettel 161.  
Notwendige Stimmzahl 81.  
Stichw. zwisch. Günther, Dregelius, Kümmel, Meyer.

11. Wahlkreis (1 Delegierter).

Donalies, Königsberg	69	Stimmen
Lappan, Stettin	43	"
Krüger, Kiel	32	"

Abgegebene gültige Stimmzettel 144.  
Notwendige Stimmzahl 73.  
Stichwahl zwischen Donalies und Lappan.

12. Wahlkreis (1 Delegierter).

Bartisch, Breslau	51	Stimmen
Rudolph, Breslau	5	"

Abgegebene gültige Stimmzettel 56.  
Notwendige Stimmzahl 29.  
Gewählt Bartisch.

13. Wahlkreis (10 Delegierte).

Schulze, Berlin	344	Stimmen
Niedel, Berlin	334	"
Voh, Berlin	308	"
Döhnert, Berlin	302	"
Krause, Berlin	290	"
Geyer, Berlin	280	"
Seidel, Berlin	274	"
Gaase, Berlin	234	"
Langer, Berlin	227	"
Wintowski, Berlin	214	"
Gahn, Berlin	205	"
Brenzel, Berlin	199	"
Muselman, Berlin	188	"
Koopmann, Berlin	169	"
Paule, Berlin	138	"
Hersplittert	38	"
Ungültig	7	"

Abgegebene gültige Stimmzettel 394.  
Notwendige Stimmzahl 198.  
Gewählt Schulze, Niedel, Voh, Döhnert, Krause, Geyer, Seidel, Gaase, Langer und Wintowski.

14. Wahlkreis (1 Delegierter).

Grubbe, Brandenburg	66	Stimmen
Dittrich, Potsdam	28	"

Abgegebene gültige Stimmzettel 94.  
Notwendige Stimmzahl 48.  
Gewählt Grubbe.

15. Wahlkreis (1 Delegierter).

Dusenreuter, Halle	54	Stimmen
Günther, Magdeburg	48	"
Runge, Braunschweig	21	"
Vormann, Braunschweig	1	"

Abgegebene gültige Stimmzettel 124.  
Notwendige Stimmzahl 63.  
Stichwahl zwischen Dusenreuter und Günther.

16. Wahlkreis (1 Delegierter).

Kohl, Kassel	60	Stimmen
Thilo, Jena	60	"

Abgegebene gültige Stimmzettel 120.  
Notwendige Stimmzahl 61.  
Stichwahl zwischen Kohl und Thilo.

18. Wahlkreis (2 Delegierte).

Sauer, Dresden	93	Stimmen
Verndt, Dresden	90	"
Müller, Dresden	12	"
Becker, Dresden	6	"
Steuer, Dresden	5	"
Serzog, Dresden	3	"
Sertel, Dresden	1	"
Luz, Dresden	1	"
Ungültig	2	"

Gewählt Sauer und Verndt.

19. Wahlkreis (1 Delegierter).

Krauß, Chemnitz	39	Stimmen
Müller, Zeitz	30	"
Naater, Bautzen	29	"
Schwabe, Meerane	18	"
Wünd, Falkenstein	8	"
Müjerswald, Altenburg	6	"

Abgegebene gültige Stimmzettel 125.  
Notwendige Stimmzahl 63.  
Stichwahl zwischen Krauß und Müller.

20. Wahlkreis (Einzelmitglieder).

Rothmund, Köln	97	Stimmen
----------------	----	---------

Gewählt Rothmund.

Es haben demzufolge Stichwahlen stattgefunden:

7. Wahlkreis zwischen Becker und Jorzsig.  
10. Wahlkreis zwischen Günther, Dregelius, Kümmel und Meyer.  
11. Wahlkreis zwischen Donalies u. Lappan.  
15. Wahlkreis zwischen Dusenreuter und Günther.  
16. Wahlkreis zwischen Kohl und Thilo.  
19. Wahlkreis zwischen Krauß und Müller.

Die Stichwahlen haben in der Zeit vom 27. Februar bis 13. März zu erfolgen. Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung mit Stimmzetteln. Die Wahl muß persönlich ausgeübt werden und zwar in den angegebenen Versammlungen. Nur die in den Wahlversammlungen abgegebenen Stimmzettel können als gültig betrachtet werden.

werden. Sofern bei den Stichwahlen bei zwei Kandidaten Stimmgleichheit sich herausstellt, wird durch den Ausschuss das Los gezogen. Die Resultate der Stichwahlen, sowie der übrigen stattfindenden Hauptwahlen, sind sofort am Tage nach der Wahl, spätestens aber bis zum 15. März, an den Zentralvorstand einzusenden.

Der Ausschuss.

**Bücherschau.**

„Arbeiter-Jugend.“ Die erste Nummer des für die arbeitende Jugend herausgegebenen Jugendorgans ist erschienen und wird in einer Kollenaufgabe von 250 000 Exemplaren unter der arbeitenden Jugend Deutschlands verbreitet. Aus dem Inhalt der Nummer heben wir hervor: An die arbeitende Jugend. — Die Vorläufer der „Arbeiter-Jugend“. I. Die „Junge Garde“. Von Ludw. Frank. — Was heißt Sozialismus. Von Hermann Linder. — Jugend und Bildung. Von Heinrich Scholz. — Ferdinand Lassalle. Von F. Wehring. — Die Gewerkschaft und die arbeitende Jugend. Von Robert Schmidt. — Gewerkschaftliche Bewegung. B. J. — Aus der Politik. — Vom Kriegsausschlag usw. — Beilage: An die Jugend. (Gedicht.) Von Otto Krille. — Erzählung. — Die Entwicklungsgeschichte und ihre Bedeutung. Von R. S. Paage. — Bücher für die Jugend usw.

Im Kommissionsverlag von A. S. B. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: „Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie. Ergebnisse einer Statistik des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes vom November 1906.“ Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Preis 3 Mk.

„Vereins- und Versammlungsrecht.“ Anleitung zum praktischen Gebrauch mit Beispielen und Formulare von Hermann Reims. erschienen im Verlag von W. Franckh u. Co., Preis 25 Pf.

Aus der Tiefe. Im Morgen-Verlag, G. m. b. H. Berlin W., ist vor kurzem eine 128 Seiten starke, beachtens- und lehrwerte Broschüre: „Aus der Tiefe“ (Arbeiterbriefe), Beiträge zur Seelenanalyse moderner Arbeiter, herausgegeben von Adolf Reuhsen, erschienen. Die Broschüre enthält auch ab von dem Auf- und Kommanieren des, nach in flävischer Abhängigkeit befindlichen, modernen Proletariats.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 20. Februar.

**Anzeigen**

**Gelucht nach der Schweiz**  
ein tüchtiger  
**Vorarbeiter**  
für eine Riementattlerei, sowie einige  
**Sattlergehilfen.**  
Schriftliche Offerten unter Chiffre O. 475 G.  
an **Hansenstein & Vogler, St. Gallen.**

**Sattlergehilfe,**  
welcher in der Kinderwagenbranche betraut, wird für eine Reparaturwerkstatt in Berlin gesucht. Offerten unter B. 5145 bef. **Daube & Co., Berlin SW. 19.**

**Kälberhaare,**  
2078 kg, zu verkaufen. Muster stehen zu Diensten.  
**Herzogl. Salzwerkdirektion**  
Leopoldsdahl.

**Lehrbücher für Sattler:**  
Vergerhoff, Der moderne Tapezierer . . . 7,50 M  
Morgenstern, Der Sattler als Zeichner 5,00  
Mausch, Der Wagenfabrikant . . . 9,00  
Reusch, Der Wagenkasten und sein Plan 5,00  
Reuter, Die Schule des Tapezierers . . . 7,50  
Schlüter u. Mausch, Handbuch f. Sattler 9,00  
Schlüter, Zeichneiden der Sattler-Arbeiten 7,50

Zu beziehen durch:  
**Joh. Fassenbach, Berlin SO. 16.**

**Achtung!**  
Spezialgeschäft für  
**Kinderwagen-Reparaturen**  
**Robert Mühle, Breslau VIII,**  
Klotterstraße 19.  
Engroslager sämtl. Erzeugnisse, als: alle Farben und Garnituren, Ledertuche, Näder, Gummireifen usw.  
Spezialität: Stahlbögel-Berbede beziehen.  
Schnellste und sauberste Ausführung.

Gelucht allerorts Sattler, welche Vertr. hocheleg. Artikel, darunter patent. Neuh., übernehmen. Hoh. Berd. für jederm. Aufst. loften.  
**Herm. Wolf, Zwickau i. Sa.,**  
Rordstr. 30.

**Georg Weihnachts Bierhaus, Grüntr. 21.**  
**K. Weib-, Bayrisch-Kulmbacher Bier**  
Zahlstelle der Zentral-Brandkasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Frisen Volksbühne“.

**la. Sattlerwerkzeug!** Blanchard-Paris, engl. Ahleisen usw.  
in grosser Auswahl. Versand nach ausserhalb.  
Preisliste gratis und franko.  
**Sheling & Dähmeyer, Elberfeld, Bachstr. 78.**  
Spezialität: **la. Sattlerwerkzeuge.**